

Einheit vollenden

1. Die Friedliche Revolution
2. Die CDU – Garant und Motor der Deutschen Einheit
3. Die Ergebnisse der Friedlichen Revolution
 - 3.1 Der Modernisierungsprozess in den Neuen Ländern
 - 3.2 Regionale Entwicklungen in den Neuen Ländern
4. Herausforderungen und Perspektiven

Anhang I: Wir haben die Kraft – Gemeinsam für unser Land. Auszug aus dem Regierungsprogramm 2009-2013 von CDU und CSU: III.2 Deutschlands Einheit vollenden.

Anhang II: Wachstum. Bildung. Zusammenhalt. Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP. (I. 6. Deutsche Einheit)

1. Die Friedliche Revolution

Am 23. Mai 1949 entstand mit der Bundesrepublik Deutschland im westlichen Teil Deutschlands eine stabile Demokratie. Dieser Weg blieb den Menschen im Osten versperrt. Sie mussten vier Jahrzehnte in einer totalitären Diktatur leben. Das Jahr 2011 bringt uns den 50. Jahrestag eines besonders schwer wiegenden Ereignisses in Erinnerung: Den 13. August 1961. Mit dem Bau der Berliner Mauer und der Errichtung der innerdeutschen Grenze wurde eines der dunkelsten Kapitel in der deutschen Geschichte für eine lange Zeit zementiert.

Erst 1989, als die Menschen in der ehemaligen DDR mit ihrem Mut und ihrer Kraft ihr Selbstbestimmungsrecht ausübten, wurde dieser erzwungene und unfreie Zustand beendet. Mit dem Slogan „Wir sind das Volk“ und später „Wir sind ein Volk“ drückte sich die tiefe Sehnsucht der Bevölkerung in Ostdeutschland nach Demokratie und Einheit aus. Mutig und beharrlich demonstrierten sie so lange, bis die Mauer fiel. Diese Menschen erkämpften ihre Freiheit und schufen gleichzeitig die Voraussetzung für die deutsche Wiedervereinigung, aber auch den weiter voranschreitenden europäischen Einigungsprozess.

Jedoch nicht nur diejenigen, die im Land blieben und gegen das Regime demonstrierten, sondern auch diejenigen, die zu Tausenden über die ungarische Grenze ausreisten und die die Botschaften in Warschau und Prag besetzten, hatten einen wichtigen Anteil am Fall der Mauer. Von 1986 bis 1989 sind sechs Millionen DDR-Bürger nach Westdeutschland ausge- reist.

Die Friedliche Revolution in der DDR war ein Triumph der Freiheit und der Menschen über die SED-Gewaltherrschaft. Zugleich haben die Bürgerinnen und Bürger in der DDR mit ihrer Friedlichen Revolution eine eigene Freiheitstradition in unserem Land begründet, die es sorgsam zu erhalten gilt.

2. Die CDU – Garant und Motor der Deutschen Einheit

Die Geschichte der Einheit ist ein Erfolg. Sie ist aber auch deswegen erfolgreich, weil der deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl hieß. Wie kein anderer erkannte er die Gunst der historischen Stunde, die sich dem noch geteilten Deutschland bot: Innerhalb von nur elf Monaten gelang es ihm, mit der von ihm geführten Bundesregierung gemeinsam mit unse- ren europäischen Nachbarn und unseren internationalen Partnern und Freunden die staat- liche Einheit Wirklichkeit werden zu lassen. Am 3. Oktober 1990 löste die Union die seit Konrad-Adenauer konsequent vorgetragene Forderung nach der Einheit Deutschlands in Frieden und Freiheit ein.

Die CDU hatte über Jahrzehnte auch gegen große Widerstände am Ziel der Deutschen Ein- heit festgehalten. Im Gegensatz zur SPD hatte sie stets die deutsche Frage offen gehalten. Dazu gehörten das Festhalten der Union an der einen, ungeteilten deutschen Staatsange- hörigkeit, die konsequente Nicht-Anerkennung der innerdeutschen Demarkationslinie als völkerrechtliche Grenze und das Beharren auf die Zentrale Erfassungsstelle Salzgitter, die Gewaltakte und Menschenrechtsverletzungen in der DDR festhielt. Ihre vorzeitige Auflö- sung, die von einigen SPD-Ministerpräsidenten gewünscht wurde, hätte die Aufarbeitung von DDR-Unrecht nach 1990 erschwert oder sogar unmöglich gemacht.

Nur zwei Jahre vor dem Mauerfall, am 27. August 1987, legten SPD und SED ein Grundwer- tepapier vor, in dem die Sozialdemokraten das Ziel der Wiedervereinigung aufgegeben hatten. Noch wenige Monate vor dem Mauerfall diffamierten führende SPD-Politiker das Streben der Union nach Wiedervereinigung gar als „Lebenslüge der zweiten deutschen

Republik“. Im September 1989 nannte Gerhard Schröder eine auf Wiedervereinigung gerichtete Politik „reaktionär und hochgefährlich“. Noch während des Prozesses der Wiedervereinigung versuchte die SPD die Einheit zu bremsen. Oskar Lafontaine und Gerhard Schröder lehnten den Vertrag zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion im Bundesrat ab.

3. Die Ergebnisse der Friedlichen Revolution

Politisch ging es den Menschen in Ostdeutschland um die Entmachtung der SED, Freiheit und Demokratie. Bei der ersten freien Volkskammerwahl am 18. März 1990 legten sich alle Parteien, außer dem SED-Nachfolger PDS, auf den Beitritt nach Artikel 23 des Grundgesetzes fest und nicht auf die Aushandlung einer gemeinsamen Verfassung nach Artikel 146.

Auch wirtschaftlich stand die DDR, wie sie selbst im „Schürer-Bericht“ einräumte, kurz vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch und damit vor einem gewaltigen Modernisierungsprozess. Selbst grundlegende Reformen – die Verwirklichung eines sogenannten „Dritten Weges“ – hätten den Niedergang nicht stoppen können. Die sozialistische Planwirtschaft erwies sich als reformunfähig, hatte versagt und tiefgreifende Erblasten für Mensch und Natur, Wirtschaft und Gesellschaft hinterlassen. Damit stand ein gescheitertes politisch-ökonomisches System vor einem Prozess der doppelten Transformation: Von der Diktatur zur Demokratie und dem von der zentralistischen Planwirtschaft zur Sozialen Marktwirtschaft. Gleichzeitig gab es im Jahre 1989 weder Vorbilder aus anderen Ländern, noch eine „Gebrauchsanweisung“ wie überhaupt eine Wiedervereinigung von zwei politischen Gebilden, die nicht unterschiedlicher hätten sein können, durchzuführen ist.

3.1 Der Modernisierungsprozess in den Neuen Ländern

Im zweiten Jahrzehnt der Deutschen Einheit ist festzustellen, dass die ostdeutsche Wirtschaft nach dem Mauerfall und dem anschließenden Systemwechsel doppelt so schnell gewachsen war, wie es in anderen Regionen der Welt der Fall war. Engagement und Solidarität in ganz Deutschland sowie historisch einmalige finanzielle Transferleistungen haben zu großartigen Modernisierungserfolgen geführt. Seit der Einheit sind 1,2 Billionen Euro in den Osten geflossen. Richtig ist aber auch, dass es die Menschen in den neuen Bundesländern geschafft haben, einen „Lebenssystem-Wechsel“ zu bewältigen, den gesellschaftli-

chen und privaten Umbrüchen zu trotzen und ein neues Selbstbewusstsein zu entwickeln. Dafür gebührt Ihnen Dank und Anerkennung.

Die politischen und wirtschaftlichen Erfolge können sich sehen lassen: Nach aktuellen Umfragen bekennt sich die große Mehrheit der Menschen in den Neuen Ländern zu den allgemeinen Prinzipien unserer Demokratie und dem Grundgesetz. Der Rechtsstaat hat sich bewährt. Der Föderalismus wurde angenommen.

Es ist ein attraktives und differenziertes Angebot an Universitäten und Fachhochschulen entstanden. Die Hochschulen belegen bei der Studiendauer und der Betreuungsrelation die vorderen Plätze. Ostdeutsche Städte sind beim Wettstreit der Nachwuchsforscher seit Jahren besonders erfolgreich. An der Spitze der bundesweiten Rankings von „Jugend forscht“ liegen die Städte Frankfurt (Oder), Rostock und Jena sowie der Landkreis Bad Döberitz in Mecklenburg Vorpommern.

Nie zuvor in der Geschichte wurde innerhalb so kurzer Zeit die gesamte Infrastruktur eines Landes so tiefgreifend modernisiert. Städte wie Dresden, Jena, Leipzig und Potsdam rangieren unter den bundesweit 20 besten Standorten. Die Neuen Länder verfügen über die modernste Infrastruktur und Kommunikationsnetze der Welt. Krankenhäuser und Seniorenheime sind auf höchstem Niveau ausgestattet. Der Standard in Krankenhäusern übertrifft mittlerweile denjenigen in den alten Bundesländern. Die Lebenserwartung von Frauen ist von 76,2 auf 82 Jahre und die von Männern von 70 auf 75,8 Jahre gestiegen und ist heute in Ost und West fast gleich hoch. Die Umwelt ist nachhaltig saniert. Auch in den Bereichen Betreuungsangebote, Frauenarbeitsquote und Bildungswesen liegt der Osten vorn. Dienstleistungsbereiche mit hohem Zukunftspotenzial wie die Gesundheitswirtschaft und der Tourismus wurden errichtet. In Mecklenburg-Vorpommern leistet der Tourismus einen Beitrag zum Volkseinkommen in Höhe von 8,5 Prozent und ist so bedeutend wie in keinem anderen Bundesland.

Der Aufbau Ost befindet sich auf einem guten Weg. Das infrastrukturelle und wirtschaftliche Gefälle zwischen West- und Ostdeutschland hat in den letzten Jahren deutlich abgenommen. Insbesondere der infrastrukturelle Aufholprozess ist nahezu abgeschlossen. Hatte die Wirtschaftsleistung pro Einwohner 1991 im Osten nur ein Drittel des Westniveaus betragen, so dürfte sie in den kommenden zehn Jahren von derzeit knapp 70 auf 80 Pro-

zent des Westniveaus steigen. Die Exportquoten nähern sich weiter an (von 52 Prozent auf 72 Prozent). Bei der Selbstständigenquote wurde schon 2007 Gleichstand zwischen Ost und West erreicht. Seit Ende 2005 bis zum Ausbruch der Wirtschaftskrise ist es immerhin gelungen, die Arbeitslosigkeit um fast eine halbe Million zu verringern.

Die größten Fortschritte wurden beim verfügbaren Einkommen je Einwohner erreicht: Ihr Wert stieg von 57 Prozent des deutschen Durchschnitts im Jahr 1991 auf knapp 82 Prozent im Jahre 2008. In manchen Regionen Ostdeutschlands ist das Einkommensniveau sogar höher als im Westen. So liegt das jährliche verfügbare Einkommen im thüringischen Suhl mit durchschnittlich 16. 879 Euro über dem von Flensburg mit 14. 874 Euro.

Vorreiter des Wandels im Osten Deutschlands war und ist die Industrie. Sie trägt mittlerweile ein Fünftel zur Bruttowertschöpfung bei – im Westen sind es 25 Prozent. Am schnellsten wuchs das Verarbeitende Gewerbe, auf das ein Fünftel der ostdeutschen Bruttowertschöpfung entfällt und damit deutlich mehr als etwa in den USA, Frankreich und Großbritannien.

Zugleich hat sich herausgestellt, dass der Aufbau Ost nicht nur ein Nachbau West ist. Es sind Wissenschafts-, Produktions- und Technologiezentren mit innovativen Produkten entstanden, die im weltweiten Wettbewerb bestehen können. Insbesondere auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien, wie der Wind- und Solarindustrie sowie Mikrotechnologie haben sich starke Unternehmen etabliert.

3.2 Regionale Entwicklungen in den Neuen Ländern

Im Vergleich hat sich die Wirtschaft in Ostdeutschland seit dem Mauerfall vor 20 Jahren regional sehr unterschiedlich entwickelt. Während Thüringen über die gesamte Zeit überdurchschnittliche Wachstumsraten aufweisen konnte und Sachsen-Anhalt zuletzt deutlich aufgeholt hat, hinken Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern nach wie vor hinterher. Als wichtigste Gründe für die Unterschiede sind Faktoren wie die Bevölkerungsdichte oder die Nähe zu wichtigen Absatzmärkten im In- und Ausland zu nennen. Dabei erwirtschaftet Sachsen unter den neuen Bundesländern zwar unverändert das höchste Einkommen und das größte Bruttoinlandsprodukt pro Kopf. Bei den Wachstumsraten liegt es aber eher im Durchschnitt. Dagegen ist Thüringens Wirtschaft seit der Wiedervereinigung stets überdurchschnittlich gewachsen und habe sich dadurch unter den fünf Ländern vom letzten auf

den dritten Platz vorgearbeitet. Noch deutlicher hat Sachsen-Anhalt aufgeholt, das mittlerweile nur noch knapp hinter dem Spitzenreiter Sachsen liegt. Dagegen ist Brandenburg, das 2000 noch an der Spitze der neuen Bundesländer lag, auf den vorletzten Platz zurückgefallen und weist inzwischen die zweitniedrigste Wirtschaftsleistung pro Kopf auf. Ähnlich schlecht schneidet auch Mecklenburg-Vorpommern ab, das seit Mitte der Neunziger Jahre bei den Wachstumsraten hinterher hinkt, jedoch in der Dynamik in den vergangenen Jahren fast zum Durchschnitt der fünf ostdeutschen Bundesländer aufschließen konnte.

4. Herausforderungen und Perspektiven

Die Union wird weiterhin daran arbeiten, dass es in den Neuen Ländern aufwärts geht. Genauso wie die Deutsche Einheit stets ein Herzensanliegen der Union war, so liegt uns heute der Aufbau Ost am Herzen.

Bereits im Dezember 2008 hat der Bundesparteitag der CDU Deutschlands in Stuttgart den Antrag „Geteilt. Vereint. Gemeinsam. Perspektiven für den Osten Deutschlands“ beraten und beschlossen. Darin war ein umfangreiches Maßnahmenpaket für Wachstum und Arbeitsplätze in den Neuen Ländern enthalten.

Auch im Regierungsprogramm 2009 – 2013 spielt die Entwicklung in den Neuen Ländern eine wichtige Rolle. Es ist unser erklärtes Ziel, Ostdeutschland in den nächsten Jahren zu einer der wettbewerbsfähigsten und innovativsten Regionen im Herzen Europas zu machen.

Anhang I: Wir haben die Kraft – Gemeinsam für unser Land. Auszug aus dem Regierungsprogramm 2009-2013 von CDU und CSU (III.2 Deutschlands Einheit vollenden)

Mit der friedlichen und gewaltlosen Revolution 1989 übten die Menschen in der ehemaligen DDR mit Mut und Kraft ihr Selbstbestimmungsrecht aus. Sie beendeten dadurch den erzwungenen und unfreien Zustand von über 40 Jahren Diktatur und sozialistischer Planwirtschaft. Dafür gebührt den Menschen in Ostdeutschland Respekt und Anerkennung.

Wir wollen eine selbsttragende Wirtschaftsentwicklung in den Neuen Ländern erreichen. Nur mit einer starken Wirtschaft können wir gut bezahlte Arbeitsplätze und soziale Sicherheit erreichen.

Die wichtigste Herausforderung bleibt daher, die Wirtschaftskraft in den Neuen Ländern weiterzuentwickeln. Dazu brauchen wir gute Bedingungen für Unternehmensgründungen, wirtschaftliches Wachstum, die Ansiedlung neuer Unternehmen, eine Fortsetzung des Industriewachstums sowie den weiteren Ausbau der regionalen Innovationsleistungen. Wichtige Aufgaben liegen insbesondere in den ländlichen, strukturschwachen Regionen mit hohen Abwanderungsraten noch vor uns. Die Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gehören nach wie vor zu unseren zentralen Aufgaben. Wir wollen, dass sich die Neuen Länder in den kommenden Jahren zu den wettbewerbsfähigsten und innovativsten Regionen in der Mitte Europas entwickeln.

- Wir stehen zu dem fest vereinbarten und gesetzlich beschlossenen Solidarpakt II und werden ihn erfüllen.
- Wir werden die Investitionszulage bis 2013 verlängern und die Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Wirtschaftsstruktur“ auf hohem Niveau und nach bundesweit einheitlichen Indikatoren fortführen.
- Die Verkehrsprojekte Deutsche Einheit (VDE) sollen für die Straße bis 2010 und für die Schiene bis 2017 vollständig abgeschlossen werden. Wir wollen Deutschlands Stellung in den europäischen Verkehrsnetzen stärken. Dazu müssen die seit langem vereinbarten Strecken der „Transeuropäischen Netze“ mit Nachdruck verwirklicht werden – wie etwa die Schienenverbindungen Paris-Stuttgart-Wien, Budapest - Prag-Nürnberg/Dresden und Berlin-München-Brenner. Wir wollen das Konzept der Transeuropäischen Netze um eine leistungsfähige Verbindung von der Ost- und Nordsee bis an die Adria und das Schwarze Meer ergänzen.
- Trotz der erfreulichen Entwicklung der Arbeitslosenzahlen in den vergangenen Jahren in Deutschland ist insbesondere der Anteil der Langzeitarbeitslosen in den Neuen Ländern weiterhin hoch. Wir wollen zum Abbau der Arbeitslosigkeit die Chancen des Mindesteinkommens nutzen. Um die Zahl der Langzeitarbeitslosen und der besonders schwer vermittelbaren Arbeitsuchenden zu reduzieren, wurden mit der „Bürgerarbeit“ in Sachsen-Anhalt neue Wege erprobt. Wir wollen dieses Konzept weiter vorantreiben und seine Übertragbarkeit auf größere Arbeitsmarktregionen prüfen.
- Wir wollen die Programme zu Forschungs- und Innovationsförderung in den Neuen Bundesländern fortsetzen. Wir werden die Bemühungen der Wirtschaft um neue Produkte und Technologien durch eine steuerliche Förderung von klar abgrenzba-

ren Ausgaben für Forschung und Entwicklung flankieren. Die exzellente Hochschulinfrastruktur muss stärker für Bewerber aus ganz Deutschland genutzt werden.

- In Europa und vor allem in Deutschland geht die Bevölkerungszahl zurück. Die Entwicklung verläuft jedoch nicht überall gleich stark. Aufgrund der relativ hohen Abwanderungsraten und des Einbruchs der Geburtenrate sind die ostdeutschen Länder in stärkerem Maße vom demografischen Wandel betroffen als die westdeutschen Bundesländer. Zur Gestaltung des demografischen Wandels setzen wir uns für neue Formen der Sicherung der privaten und öffentlichen Infrastruktur (interkommunale Zusammenarbeit) ein. Insbesondere wollen wir eine stärkere Förderung einer familiennahen Infrastruktur, um jungen Menschen eine Perspektive in geringer besiedelten Regionen aufzuzeigen.
- Das gesetzliche Rentensystem hat sich auch in den Neuen Ländern bewährt. Wir setzen uns für ein einheitliches Rentensystem in Ost und West ein.
- Der Volksaufstand am 17. Juni 1953 und die Friedliche Revolution vom Herbst 1989 sind Ereignisse der deutschen Geschichte, die fester und wahrnehmbarer Bestandteil in der Erinnerungskultur der Bundesrepublik Deutschland sein müssen. Der Friedlichen Revolution vom Herbst 1989 als einzige erfolgreiche Freiheitsrevolution der deutschen Geschichte kommt dabei eine zentrale Bedeutung zu. Als sichtbaren Ausdruck setzen sich CDU und CSU für die Errichtung eines Nationalen Freiheits- und Einheitsdenkmals auf der Berliner Schlossfreiheit ein. Wir unterstützen die Errichtung eines Freiheits- und Einheitsdenkmals in Leipzig.
- CDU und CSU setzen sich dafür ein, dass ein Lehrstuhl zur Erforschung und wissenschaftlichen Aufarbeitung des DDR-Unrechtsregimes an einer Berliner Universität dauerhaft etabliert wird.
- Auf Initiative von CDU und CSU ist es 2007 endlich gelungen, eine Opferpension für mehr als 40 000 SED-Opfer einzuführen. Dies ist ein wichtiger Schritt in unseren Bemühungen, Ungerechtigkeiten des SED-Regimes anzuerkennen und auszugleichen.

Anhang II: Wachstum. Bildung. Zusammenhalt. Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP. (I. 6. Deutsche Einheit)

6. Deutsche Einheit

Die Koalition wird die Deutsche Einheit weiterhin voranbringen. Wir halten an der Zielsetzung fest, die Lebensverhältnisse in Deutschland bis 2019 bundesweit weitgehend anzugleichen. Unser Ziel ist das schnelle Erreichen einer möglichst hohen Steuerdeckungsquote der ostdeutschen Länder. Die Steigerung der Wirtschaftskraft und die Reduzierung der Arbeitslosigkeit bleiben die zentralen Ziele. Die Koalition bekennt sich zur Einhaltung der Mittelzusagen aus dem Solidarpakt II und erwartet ihre bestimmungsgemäße Verwendung.

Um die Wirksamkeit der Förderung insbesondere für Wachstum und Beschäftigung in den ostdeutschen Ländern zu erhöhen, werden wir die Förderinstrumente für den Aufbau Ost evaluieren.

Darüber hinaus benötigen die Bundesländer den Spielraum, um den regionalen Besonderheiten gerecht zu werden. Die Koalition vereinbart, eine Expertenkommission einzurichten, deren Vorschläge in Modellregionen umgesetzt werden sollen.

Die Koalition setzt sich dafür ein, angemessene Übergangsregelungen für die Regionen zu finden, die ab 2014 aus der Höchstförderung der Strukturfonds herausfallen.

Das Fördergefälle zwischen vergleichbaren Regionen mit Wettbewerbsnachteilen ist in der EU und innerhalb Deutschlands zu mindern.

20 Jahre nach der Wiedervereinigung wollen wir die Aufteilung des Finanzvermögens gemäß Art. 22 des Einigungsvertrages im Einvernehmen mit den Neuen Ländern regeln.

Innovationsstandort

Zur Stärkung der Innovationsfähigkeit der Wirtschaft und zur Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft wird die Koalition die Unterstützung aus den Förderprogrammen „Unternehmen Region“ und „Zentrales Innovationsprogramm Mittelstand“ auf hohem Niveau stabilisieren und fortführen. Die Innovationsförderung ist stärker auf den Wissenstransfer auszurichten und anwendungsbezogener zu gestalten. Zum Ausbau des Hochschul- und Forschungsstandortes wird das Programm „Spitzenforschung und Innovation“ fortgeführt.

Die Koalition verständigt sich darauf, im Jahr 2011 die Ausgestaltung der Degression der Investitionszulage zu prüfen.

Wir werden die außeruniversitären, gemeinnützigen Forschungseinrichtungen in den ostdeutschen Ländern evaluieren und auf dieser Grundlage in Abstimmung mit den Ländern entscheiden, welche Institute in die von Bund und Länder geförderten Forschungsorganisationen eingegliedert werden sollen. Bei der Einrichtung neuer Forschungseinrichtungen werden wir die ostdeutschen Länder angemessen berücksichtigen.

Wir setzen uns mit besonderer Priorität für die Ansiedlung eines Forschungsinstituts zur nachhaltigen und sicheren Rohstoffversorgung mit Standort in den Neuen Ländern ein, das der gesamten Wertschöpfungskette von der Erkundung und Gewinnung der Rohstoffe über ihre Aufbereitung und Veredelung bis hin zum Recycling gewidmet ist.

Fachkräfte und Qualifizierung

Vor dem Hintergrund der schon bestehenden Probleme bei der Besetzung von Ausbildungsplätzen und Stellen für Hochqualifizierte und der demografischen Perspektiven wird die Bundesregierung im Rahmen einer „Zukunftsinitiative Fachkräftesicherung“ vorrangig zusammen mit den ostdeutschen Ländern, Kammern und Sozialpartnern regionsspezifische Handlungsansätze zur Verbesserung des Fachkräfteangebots entwickeln.

Investitionsförderung und Wettbewerbsfähigkeit

Damit die Wirtschaft, insbesondere die Industrie, wieder an die hohe Wachstumsdynamik vor der Krise anknüpfen kann, wird die Bundesregierung die Investitionsförderung aus der Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Wirtschaft“ in Regionen mit Wettbewerbsnachteilen – unbeschadet der konjunkturbedingten Aufstockung bis 2011 – mittelfristig auf dem Niveau des Jahres 2008 fortführen.

Die Koalition wird zusammen mit den jeweiligen ostdeutschen Ländern Zukunftskonzepte für Regionen mit industriellen Kernen erarbeiten, die von der aktuellen Wirtschaftskrise besonders betroffen sind. Das Instrument der Branchenkonferenzen wird fortgeführt, um gemeinsam mit der Wirtschaft das Profil des Wirtschafts- und Technologiestandortes Ostdeutschland weiter zu schärfen.

Überregionale Verkehrsinfrastruktur

Die Verkehrsprojekte Deutsche Einheit (VDE) sind für den wirtschaftlichen Aufschwung in den Neuen Ländern von besonderer Bedeutung. Die Koalition strebt an, die VDE der Straße bis 2010 und der Schiene bis 2017 fertigzustellen.

Für eine konkurrenzfähige Anbindung der Seehäfen an die Staaten Südosteuropas werden wir das Ziel verfolgen, eine leistungsfähige Schienenverkehrsverbindung von der Ostsee unter Einbeziehung der Bundeshauptstadt nach Südosteuropa zu errichten.

Aktive Arbeitsmarktpolitik

Die Koalition wird zum Abbau der in strukturschwachen Regionen – vor allem Ostdeutschlands – überproportionalen Langzeitarbeitslosigkeit die Voraussetzungen dafür schaffen, dass neue Lösungsansätze des „Förderns und Forderns“ in größeren Kommunen erprobt werden können. Das Prinzip wird konsequent und für die öffentliche Hand kostenneutral umgesetzt.

Übergreifende Demographiep politik – Daseinsvorsorge

Die demografischen Entwicklungen wirken sich in den Neuen Ländern früher und schneller aus als in Westdeutschland, sind jedoch heute schon auch für Deutschland insgesamt von grundlegender Bedeutung. Die Koalition wird dazu bis 2012 eine ressortübergreifende Demographiestrategie erarbeiten.

Die Koalition wird ein Handlungskonzept mit den Ländern zur Verringerung von Abwanderung und Sicherung der privaten und öffentlichen Infrastruktur in vom demografischen Wandel besonders betroffenen ländlichen Räumen entwickeln und abstimmen, insbesondere zu den Bereichen Gesundheitsversorgung, wohnortnahe Bildungsangebote, Sicherung von Mobilität, leistungsfähiger Internetzugang und Stärkung der interkommunalen Zusammenarbeit. Dabei unterliegen die nichtstaatlichen Aufgaben dem Vergaberecht.

Die Aufarbeitung der Umweltlasten der ehemaligen DDR ist eine Generationenaufgabe. Die Sanierung der ehemaligen Braunkohleabbaugebiete und der Wismut-Altstandorte wird über das Jahr 2012 hinaus haushalterisch gesichert und fortgeführt.

Neue Bundeseinrichtungen sollen in den Neuen Ländern angesiedelt werden. Die Beschlüsse der unabhängigen Föderalismuskommission gelten fort. Der Beauftragte der

Bundesregierung für die Neuen Länder ist frühzeitig in die Standortentscheidungen einzu-
beziehen.

Freiheits- und Einheitsdenkmal

Zur Erinnerung an den 17. Juni 1953 und den Herbst 1989 werden wir auf der Berliner
Schlossfreiheit ein Nationales Freiheits- und Einheitsdenkmal errichten und die Errichtung
eines Freiheits- und Einheitsdenkmals in Leipzig unterstützen.

Opferrente für erlittenes SED-Unrecht

Mit dem Ende der DDR hat sich das vereinte Deutschland der Aufgabe gestellt, das von
SED und Staatssicherheit begangene Unrecht auszugleichen. Wir werden das System der
Rehabilitierung und Entschädigung laufend überprüfen und offenbarem Regelungsbedarf
mit dem Ziel, die rehabilitierungsrechtliche Situation von Betroffenen zu verbessern,
Rechnung tragen.